

Protest-, Aktions- und Trauertag am 21. Juli 2014, Nationaler Gedenktag für verstorbene Drogenabhängige

Leben retten!

In Deutschland war 2013 mit 1002 Verstorbenen erstmals seit einigen Jahren wieder ein Anstieg der Zahl von Drogentoten zu beklagen. Dies nehmen wir zum Anlass, drei wichtige Instrumente im Kampf gegen den Drogentod und für ein menschenwürdiges Überleben zu benennen:

Die Drogenkonsumräume

Noch immer sträubt sich etwa Bayern dagegen, Drogenabhängigen in Konsumräumen die Möglichkeit zum hygienischen Konsum in einem geschützten und medizinisch betreuten Umfeld zu ermöglichen. Ausgerechnet dieses Bundesland zeichnet sich allerdings durch die höchste Zahl an Drogentoten negativ aus. Wir fordern daher, entsprechende Angebote in Deutschland flächendeckend umzusetzen.

Es geht dort nicht allein um den Konsumvorgang: Im Konsumraum können sterile Spritzen gegen gebrauchte eingetauscht werden, eine wichtige Maßnahme zum Schutz vor Infektionskrankheiten wie HIV und Hepatitis. Des Weiteren ergibt sich dort oftmals ein erster Kontakt zum Drogenhilfesystem.

Wir fordern ausdrücklich eine Öffnung dieser Einrichtungen auch für Substituierte und Auswärtige!

Angesichts der Tatsache, dass die im Konsumraum konsumierten Drogen heute vom Schwarzmarkt stammen, wäre zudem das Drugchecking, also das Testen der Drogen auf schädliche Verunreinigungen, sicher eine sinnvolle Möglichkeit und sollte daher gesetzlich ermöglicht werden.

Die Substitution

Derzeit sicher das wichtigste Instrument der Drogenhilfe. Aber auch hier gilt:

Bestimmte Teile des Landes hinken hinterher. Zudem scheinen übermäßige Bürokratie und Rechtsunsicherheit substituierende Mediziner abzuschrecken: Die Substitutionspraxen werden bedenklich weniger, insbesondere auf dem Land.

Es wäre außerdem Zeit für eine Normalisierung der Verschreibungsverordnung, nach der eine Mitnahme des Medikaments auf eine Höchstdauer von einer Woche begrenzt ist. Genauso lange, wie Substitutionsmittel derzeit beim Urlaub innerhalb Deutschlands vom Arzt maximal mitzugeben sind. Ein Maximum von vier Wochen wäre hier praxisgerechter.

In den Kanon der üblichen Substitutionsmittel muss ausdrücklich noch das Diamorphin, also medizinisches Heroin, aufgenommen werden. Leider ist man hier kaum über das Ausmaß der H-Vergabestellen im Rahmen des Heroinprojekts hinaus gekommen. Dezentrale Lösungen in Arztpraxen wären für die Diamorphin-Medikation sicher der bessere Weg. Außerdem sollte die Möglichkeit eröffnet werden, Heroin auch in Tablettenform zur Substitutionsbehandlung zuzulassen sowie retardiertes Morphin.

Das Naloxon

Das Gegenmittel bei Opiatvergiftung. Naloxon rettet also Leben, ganz unmittelbar! Dennoch ist es nur wenigen Drogengebern bekannt und kaum einem von ihnen – oder ihren Angehörigen – derzeit zugänglich.

Dies gilt es zu ändern! Überall dort, wo eine Überdosis denkbar ist, sollte Naloxon im Notfall schnell verfügbar sein. Ganz leicht verabreicht werden kann es dann von Dritten etwa durch einen Zerstäuber, eine Art Nasenspray. Als Medikament findet Naloxon allein bei Opiat-Überdosierung Verwendung und ist, zumal keinerlei Missbrauchspotential besteht, aus medizinischer Sicht als unproblematisch einzustufen. Bei nicht-Opiatkonsumenten bleibt Naloxon also ohne jede Wirkung. Wir fordern daher, das Medikament Naloxon von der Rezeptpflicht zu befreien, um den Zugang zu diesem höchst effektiven Gegenmittel zu erleichtern.

Grundsätzliche Kritik am Betäubungsmittelgesetz (BtmG) meldeten erst kürzlich 120 Juraprofessoren an. Denn ohne die Drogen-Prohibition wären wohl nicht wenige der heutigen Notmaßnahmen gar nicht erst nötig.

Wir schließen uns deshalb der Forderung an, eine Enquete-Kommission beim Bundestag zur Überprüfung des BtmG einzurichten.

Wo Leben ist, da ist Hoffnung - und unser allererstes Ziel in der Drogenpolitik sollte darin bestehen, diese Hoffnung am Leben zu erhalten, indem wir die Abhängigen am Leben halten!"

-Heath Brook, Australien

Bundesverband der Eltern und Angehörigen für akzeptierende Drogenarbeit e.V. , JES (Junkies - Ehemalige - Substituierte)
Bundesverband - Landesverband JES NRW e.V., DAH Deutsche AIDS-Hilfe e.V. . akzept e.V.- Bundesverband für akzeptierende
Drogenarbeit und humane Drogenpolitik

AST e.V. AntiSTigma - Aktion gegen die Diskriminierung suchtkranker Menschen
Verantwortlich: Jürgen Heimchen, Ravensberger Str. 44, 42117 Wuppertal , Tel. 0202-423519



Protest-, Aktions- und Trauertag
21. Juli Nationaler Gedenktag für verstorbene Drogenabhängige
Vorschläge für die Gestaltung des Aktionstages:

1. Die Aktion kann in Form einer Mahnwache durchgeführt werden
2. Verteilung eines Flugblattes mit örtlichem Bezug (wenn möglich zusammen mit einer weißen Rose)
3. Schweigemarsch durch die Innenstadt (nur bei großer Beteiligung sinnvoll)
4. **Eine Pressekonferenz für die örtlichen Medien (sollte auf jeden Fall stattfinden), frühzeitige Verständigung der Medien!**
5. Bündnispartner mit einbinden (Drogenberatungen, Kirchen, AIDS-Hilfen usw.)
6. Aufstellen von Teelichtern - Anzahl der Verstorbenen in eurer Stadt (z. B. der letzten Jahre)
7. Luftballons (mit den Namen der Verstorbenen) aufsteigen lassen
8. Kreuze oder Särge auf großen, weißen, Tüchern malen
9. Kranz/Blumen – Niederlegung, wenn Gedenkstätte vorhanden
10. **Kommunal-, Landes- und Bundespolitiker eurer Stadt einladen**
11. **Lokalfernsehsender frühzeitig informieren**
12. **Frühzeitige Anmeldung beim Ordnungsamt nicht vergessen!**
13. Aufbau eines fiktiven Druckraumes – Spritzentauschaktion
14. Infostand über eure Aktivitäten (ggf. mit Videoclips)
15. Örtliche Musikgruppe einladen (Protestsongs)
16. Selbst gefertigte T-Shirts oder Buttons mit unseren Forderungen
17. Die Kirchen sollten ggf. für fünf Minuten die Glocken läuten (Kontakte mit euren zuständigen Gemeindepfarrern aufnehmen)
18. Die Namen der Verstorbenen des letzten Jahres - in welcher Form auch immer - öffentlich machen (auf Betttüchern oder T-Shirts, ggf. nur die Vornamen): unsere Kinder und Freunde dürfen nicht mehr namenlos sterben.

Teilt uns Eure Ideen mit!!

Die fettgedruckten Punkte sollten alle Veranstalter beachten!

Der Bundesvorstand wird am 21. Juli zu einem Bundespressegespräch direkt auf der „Platte“ nach Wuppertal einladen und anschließend eine Aktion auch in Wuppertal durchführen. Doch denkt daran: **eure örtlichen Pressegespräche sind genau so wichtig!**

Die jeweilige örtliche Gestaltung bleibt jedoch allen Gruppen selbst überlassen und richtet sich nach den personellen und finanziellen Möglichkeiten.

